

Unser Motto:  
Wenn wir aufhören, die Demokratie  
zu entwickeln, fängt die Demokratie  
an, aufzuhören.

## Profil

Mehr Demokratie ist ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der 1988 mit dem Ziel gegründet wurde, die direkte Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger zu fördern und auszubauen. Um mehr Demokratie durchzusetzen, entwickeln wir Kampagnen und initiieren selbst Volksbegehren – häufig im Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Organisationen oder Parteien. Wir beraten Bürgerbegehren und Volksbegehren und werten die Praxis der direkten Demokratie wissenschaftlich aus. Als weltweit größter Fachverband für direkte Demokratie begleiten wir Reformen der direkten Demokratie und erstellen Gesetzentwürfe.

Mehr Demokratie versteht seine Arbeit als Engagement für die Würde und Freiheit eines jeden Menschen. Der Mensch ist frei, insofern er die Bedingungen, unter die ihn die Gesellschaft stellt, selbst verändern kann. Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen und selbst zum Gestalter zu werden – das trauen wir jedem Menschen zu.

## Themen

- Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide
- Reformen direkter Demokratie auf kommunaler und auf Landesebene
- Reformen des Wahlrechts und des Parlamentarismus
- Demokratisierung der Europäischen Union
- Ausbau der Informationsfreiheit
- Stärkung der Bürgerbeteiligung

## Struktur

- Grundlegende Entscheidungen treffen die Mitglieder auf der Mitgliederversammlung oder per Mitgliederurabstimmung.
- Der Vorstand (seit Mai 2014 Ralf-Uwe Beck, Bertram Böhm, Michael Efler, Sarah Händel, Karl-Martin Hentschel, Roman Huber, Bernhard Marx, Claudine Nierth, Alexander Trennheuser) lenkt im Auftrag der Mitglieder den Verein.

- Mehr Demokratie ist organisiert in 13 Landesverbänden und hat rund 40 Mitarbeiter/innen.
- Ein Kuratorium mit über 50 Mitgliedern aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Kunst unterstützt und berät den Verein.
- Getragen wird Mehr Demokratie von rund 7.000 Mitgliedern und Förderern und rund 3.600 Spenderinnen und Spendern.
- Das Haushaltsvolumen des Vereins liegt bei etwa 1 Mio. Euro jährlich.
- Mehr Demokratie finanziert sich vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, und erhält keine staatliche Förderung.
- Der Verein gibt regelmäßig Berichte und Rankings zur direkten Demokratie und zum Wahlrecht heraus und veröffentlicht viermal jährlich die Zeitschrift *md magazin*.
- Mehr Demokratie hat die Organisation Democracy International mitbegründet, die international für mehr Mitbestimmungsrechte eintritt und Initiativen vernetzt.
- Unsere Schwesterorganisation, der OMNIBUS für direkte Demokratie, trägt als fahrende Diskussionsplattform die Volksabstimmungsidee zu den Menschen.

## Bilanz

- Mehr Demokratie hat 19 Volksbegehren und Volksinitiativen initiiert.
- Wir haben rund 5 Millionen Unterschriften gesammelt (3,3 Mio. für Volksbegehren und Volksinitiativen, 1,6 Mio. für Aufrufe zum bundesweiten Volksentscheid, 41.000 für Verfassungsbeschwerden).
- Wir haben die größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte initiiert (37.000 Menschen unterstützten die Bürgerklage "Europa braucht mehr Demokratie" zu ESM und Fiskalvertrag).
- Mehr Demokratie hat in rund 20 Fällen bessere Mitbestimmungsrechte für Bürgerinnen und Bürger erkämpft und als „demokratisches Gewissen“ undurchsichtige und unfaire Regelungen angeprangert.

## Erfolge

- Anfang 2013 werden in Schleswig-Holstein als Reaktion auf die Volksinitiative „Mehr Demokratie in Schleswig-Holsteins Kommunen“ Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtert. Nun sind die

- Unterschriftenhürde bei Bürgerbegehren und das Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid nach Einwohnerzahl gestaffelt und Bürgerbegehren zu Bauthemen möglich.
- Mit seinem Urteil vom 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das Bundeswahlrecht für verfassungswidrig erklärt und der Politik einen klaren Auftrag gegeben: Das Wahlgesetz muss überarbeitet, Überhangmandate müssen begrenzt werden. Dafür gesorgt hatte die von Mehr Demokratie und wahlrecht.de organisierte und von Tausenden unterstützte Verfassungsbeschwerde.
  - Seit dem Sommer 2012 hat Hamburg ausgelöst durch die von Mehr Demokratie mitgetragene Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ ein deutschlandweit bislang einmaliges Transparenzgesetz. Jetzt müssen Politik und Verwaltung Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zugänglich machen.
  - Ende 2011 senkte der Landtag in NRW nach zahlreichen Aktionen des Landesverbandes die Hürden für Bürger- und Volksbegehren. Seitdem können auch Bürgermeister/innen per Bürgerentscheid aus eigener Initiative abgewählt werden.
  - Über 76.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben Anfang 2009 unser Volksbegehren für ein faires Wahlrecht in Hamburg, mit dem wir das 2004 per Volksentscheid beschlossene und von der CDU wieder gekippte Wahlrecht zurückholen wollen.
  - Für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ haben im Frühjahr 2008 über 250.000 Menschen unterschrieben. Anfang April 2009 hat der Landtag daraufhin eine Reform der Direkten Demokratie auf Gemeindeebene beschlossen.
  - In Hamburg haben wir 2007 zwei erfolgreiche Volksbegehren für faire und verbindliche Volksbegehren durchgeführt. Ersteres wurde vom Parlament übernommen, die Abstimmung für verbindliche Volksentscheide ist am Zustimmungsquorum gescheitert.
  - Im Oktober 2006 haben wir in Bremen über 71.360 Unterschriften für das Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“ gesammelt und damit ein besseres Wahlrecht durchgesetzt.
  - 2006 haben wir in Berlin das Abgeordnetenhaus von einer Verfassungsänderung überzeugt, die Volksinitiativen, Volksbegehren und -entscheide in der Hauptstadt erleichtert. Beim Volksentscheid im September sprachen sich 84 Prozent der Abstimmenden für die Verbesserung der Volksgesetzgebung aus.
  - 2005 wurde in Baden-Württemberg die Gemeindeordnung reformiert. Seitdem hat sich die Anzahl der Bürgerbegehren verdreifacht.
  - 2003 haben wir den „Konvent für die Zukunft Europas“ davon überzeugt, Volksinitiativen auch auf Europa-Ebene zu ermöglichen und sie in die EU-

- Verfassung (jetzt Reform-Vertrag) aufzunehmen. Seit April 2012 besteht die Möglichkeit, Europäische Bürgerinitiativen zu starten.
- 2003 einigten sich die Landtags-Fraktionen in Thüringen auf eine Reform der Direkten Demokratie. Auslöser war unser Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ im Jahr 2000, für das 387.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben hatten.
  - 2002 führte unser Volksbegehren „Mehr Demokratie in NRW“ zu Reformen der Volksgesetzgebung, nachdem wir den Landtag bereits 2000 für eine Vereinfachung kommunaler Bürgerbegehren hatten gewinnen können.
  - 2001 senkte die Hamburger Bürgerschaft die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide, nachdem 1998 75 Prozent der Abstimmenden für „Mehr Demokratie in Hamburg“ gestimmt hatten. Mit dieser Abstimmung hatten die Hamburger Bürgerentscheide in den Bezirken eingeführt.
  - 1998 – 2003 unterstützten 80 Verbände unsere Initiative „Menschen für Volksabstimmung“. 2002 stimmte im Bundestag erstmals eine Mehrheit für Direkte Demokratie. Die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit wurde aber verfehlt. 2003 übergab Mehr Demokratie dem Bundestag 100.000 Unterschriften für Volksentscheide auf Bundesebene.
  - 1995 stimmten 60 Prozent für den von uns initiierten Volksentscheid „Mehr Demokratie in Bayern“ und führten damit die Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene ein. Seitdem gab es über 2.400 Bürgerbegehren in Bayern.
  - 1989 haben wir durch Gespräche die Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein dazu bewegt, kommunale Bürgerentscheide und landesweite Volksentscheide einzuführen.

Mehr Demokratie e. V.  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin

Telefon 030 420 823 70  
info@mehr-demokratie.de  
www.mehr-demokratie.de

Kontonummer 88 581 05  
BLZ 700 205 00  
BFS Bank München